

Ted Grant



Internationalismus

gegen

Imperialismus

Die deutsche Wiederbewaffnung
aus der Sicht britischer Sozialisten

Eine **VORAN**-Broschüre

Die Broschüre wurde 1954 von Ted Grant, einem Mitglied der britischen Labour Party und Marxist, unter dem Titel „Socialism and German Unity“ veröffentlicht. 1980 erschien sie in einer zweiten Auflage unter dem Titel „Socialism and German Rearmament“.

Sie wurde als Antwort auf die Stellungnahme des von Rechten kontrollierten Labour-Party-Vorstands unter Attlee und Morrison, „In Defence of Europe“, und auf die Gegenposition der Linksreformisten unter Aneurin Bevan, „It Need Not Happen“ geschrieben.

Der Text wurde von Kai Ruoff und Felicity Garvie ins Deutsche übersetzt.

Impressum:

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02.21 / 134504
Übersetzt im April/Mai 1991.

Vorwort

Die Redaktion VORAN veröffentlicht diese 37 Jahre alte Schrift des britischen Marxisten Ted Grant im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über eine Grundgesetzänderung, die den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets ermöglichen soll.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik gab es keine Armee. Dies war ein Ausdruck der Schwäche der herrschenden Klasse hierzulande und festigte zugleich diese Schwäche. Die Wiederbewaffnung Deutschlands wurde durch die Interessen der Herrschenden in den USA und Großbritannien der Sowjetunion gegenüber ermöglicht. Aber die Verbrechen des deutschen Imperialismus (Faschismus, Überfall und Besetzung anderer Länder) waren fest im Bewußtsein der Arbeiterklasse. Die Herrschenden waren nach der Niederlage durch die alliierten Armeen und die Arbeiteraufstände im besetzten Europa geschwächt. Deshalb mußte sich die Bourgeoisie vorsichtig verhalten und eine Provokation der Arbeiter verhindern. Es hat über vier Jahrzehnte gedauert, bis sie sich heute wagt, die gleiche internationale militärische Rolle zu übernehmen, die für die anderen kapitalistischen Länder üblich ist.

VORAN kämpfte in der Öffentlichkeit und in der SPD gegen die geplante Grundgesetzänderung. Leider versuchen viele Linke dies mit rein moralischen Argumenten, die die Mehrheit der Arbeitnehmer nicht überzeugen können. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, lautet der erste Satz des Kommunistischen Manifestes, den allzuvielen Leser leider schnell vergessen. Diese Wahrheit gilt dennoch auch – nein, besonders – in Bezug auf Faschismus, Krieg, die Rolle des Staates, Außenpolitik/UNO und die Armee. Diese Broschüre ist ein Beispiel der marxistischen Analyse im Kampf gegen die „öffentliche Meinung“, die von den bürgerlichen Medien unter Mitwirkung großer Teile der Linken geschaffen wird.

Sie dient auch als ein Beispiel des Internationalismus: nicht im Sinne einer pathetischen „internationalen Solidarität“, in der politische Klarheit durch Caritas verdrängt wird, sondern als aktive Teilnahme an Debatten über politische Tagessthemen in anderen Ländern. Die Formel „Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes“ wurde stets als Selbstschutz von der stalinistischen Bürokratie in der DDR benutzt – und von ihren Apologeten im Westen wiederholt – existiert aber nicht im Wörterbuch des Marxismus. Die Hauptsache, die diese Broschüre dem deutschen Leser heute anzubieten hat, ist ein Beispiel der Anwendung der marxistischen Methode und des sozialistischen Internationalismus in der Tradition von z.B. Rosa Luxemburg. Seit 1954 hat die Weltlage sich verändert, aber die in dieser Schrift angewandte Methode können wir heute anwenden, um neue Forderungen für die aktuelle Situation auszuarbeiten.

Die größte Veränderung seit 1954 hat im Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten, zwischen Imperialismus und Stalinismus stattgefunden. Der zweite Weltkrieg war für den Imperialismus weltweit eine Katastrophe. Die Hauptursachen für den Krieg waren die Konkurrenz zwischen den Industrieländern um schrumpfende Märkte und der Versuch, einen Ausweg aus der kapitalistischen Weltkrise auf Kosten der anderen Länder zu finden. Der Krieg hatte aber auch die Vernichtung der Sowjetunion zum Ziel. Ihre wirtschaftlichen Erfolge waren trotz der verhaßten Stalin-Diktatur eine Hoffnung für die Millionen von Arbeitslosen und verarmten Arbeiter im Westen. Sie war ein für die kapitalistische Welt verlorengegangener Staat mit einer Planwirtschaft und Staatseigentum an den Produktionsmitteln – wenn auch unter bürokratischer Kontrolle und Terrorherrschaft. Die britischen und amerikanischen Imperialisten hofften deshalb auf einen Sieg Hitlers über die UdSSR und wollten dann ihre Vorherrschaft gegen ein erschöpftes Deutschland durchsetzen.

Doch die sowjetische Planwirtschaft behauptete sich gegen die vom deutschen Kapitalismus organisierte Wirtschaft fast ganz Europas und erreichte einen militärischen Sieg der „roten“ Armee – trotz der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie und dem Fehlen demokratischer Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. Die Kapitalisten verloren die eine Hälfte Europas. Sie verloren fast auch noch die andere Hälfte durch eine Welle von Revolutionen der Arbeiter, die in der Widerstandsbewegung bewaffnet waren und Griechenland, Norditalien, Paris und Belgien selbst vom Faschismus befreiten. Das gab der Revolution in der kolonialen Welt einen massiven Anstoß. China und Indochina gingen dem Kapitalismus verloren, eine Reihe von Ländern Afrikas folgten 1974. Die europäischen Kolonialreiche brachen zusammen. Von großer Bedeutung war vor allem die Erniedrigung der USA durch die schlecht bewaffneten Arbeiter und Bauern Vietnams. Alle diese Entwicklungen verschoben die Kräfteverhältnisse zuungunsten des Imperialismus.

Doch in den letzten Jahren ging der Prozeß in die andere Richtung, zuungunsten der stalinistischen Staaten. Der Hauptgrund dafür war nicht etwa der – zwar langanhaltende, aber schwache – Aufschwung im Westen (trotz der übertriebenen Propaganda vom „Triumph der Marktwirtschaft“), sondern die Stagnation und gar der Rückgang der Planwirtschaft unter der enormen Last der bürokratischen Herrschaft. Es ist der Bürokratie selbst klar geworden, daß sie die Gesellschaft nicht weiter nach vorn bringen kann. Sie wurde demoralisiert. Voll Angst vor einer politischen Revolution der Arbeiter und vor allem in Sorge um ihre Privilegien sucht sie zunehmend einen Ausweg in der Restauration des Kapitalismus. Die einzelnen Bürokraten hoffen auf gutbezahlte Posten als Manager, Beamte und „Staatsmänner“.

Die Schalk-Golodkowskis dieser Welt sind durchaus bereit, den „Kommunismus“ für die „soziale Marktwirtschaft“ aufzugeben, Hauptsache, die (=ihre) Kasse stimmt. Sie wissen aber, daß sie den Kapitalismus nicht selbst aufbauen können, da die Basis für einen einheimischen Kapitalismus zu schwach ist. Deshalb suchen sie finanzielle

Hilfe und politische Unterstützung vom Imperialismus. Das erklärt, warum die Sowjetunion bereit war, die DDR gegen Kredite, Subventionen und Handelsaufträge aufzugeben. Um Geld von Wall Street zu erbetteln, gab Gorbatschow den Imperialisten eine freie Hand im Golfkrieg, den die Großmächte nutzten, um ihre Macht zu demonstrieren und die ehemaligen Kolonialländer einzuschüchtern.

Trotzdem wäre es falsch zu glauben, daß die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands nach einem fertigen Plan abgelaufen sei, abgesegnet durch Verhandlungen mit Gorbatschow im Kaukasus. Die deutsche Bourgeoisie hatte bis 1989 solche Hoffnungen längst aufgegeben. In allen bisherigen politischen Revolutionen in Osteuropa (DDR 1953, Ungarn 1956, Polen 1970 und 1980) beeilten sich die bürgerlichen Politiker, um der Bürokratie Hilfe zu leisten. Sie hatten Angst vor einer echten Arbeiterdemokratie, während sie gleichzeitig die Gelegenheiten zynisch ausnutzten, um Propaganda gegen den „Sozialismus“ zu machen!

Aber die Bewegung der Arbeiter in der DDR 1989–90 war zu stark für die geschwächte, isolierte Bürokratie und außerdem drohten Millionen in den Westen zu fliehen. Der westdeutsche Staat sah, daß Krenz und Co. mit der Revolution nicht fertig werden konnten, und beschloß das Lenkrad selbst in die Hand zu nehmen um die Bewegung auf eine sichere Bahn abzulenken.

Die Bürokratie spielte voll mit: Modrow stimmte „Deutschland, einig Vaterland“ zu und leitete marktwirtschaftliche Reformen und Privatisierungen ein. Wie überall in Osteuropa verbreitete die Bürokratie Illusionen in die kapitalistische Marktwirtschaft unter den Arbeitern. Diesem Ablenkungsmanöver wurde auch unbewußt von der intellektuellen Opposition (Neues Forum usw.) geholfen, die keine realistische und konkrete Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus anbot.

Diese vorübergehend günstige Situation erlaubte Kohl, die Chance zu nutzen und die Kapitalisten mußten staunend mitziehen. Lothar de Maizière erklärte neulich, daß die Möglichkeit nur von sehr kurzer Dauer war, und daß Kohl durch den kleinen, offenen Spalt stürmte.

Als Ted Grant 1954 die Weltlage in der Nachkriegsära beschrieb, erklärte er, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer oder stalinistischer Basis nicht möglich wäre. Die veränderten Kräfteverhältnisse und der Niedergang des Stalinismus veränderten die Situation grundlegend. Mangels einer politischen Führungskraft, die für den Sturz der SED-Bürokratie bei gleichzeitiger Beibehaltung von Planwirtschaft und Staatseigentum unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter eintrat, wurde die Bewegung von einer politischen Revolution gegen den Stalinismus in eine bürgerlichen Konterrevolution abgelenkt – ähnlich wie in ganz Europa 1943–47.

Nach der Übernahme der DDR durch den westdeutschen Kapitalismus sind die internationalen Kräfteverhältnisse weiter zu Gunsten des Imperialismus verschoben worden. Jetzt fühlt sich die „großdeutsche“ Bourgeoisie in der Lage, auch politisch

und militärisch ihre Rolle als drittstärkste kapitalistische Wirtschaftsmacht auf der Weltbühne zu spielen.

Aber damit ist die Geschichte nicht beendet. Ted Grant schrieb: „Der einzige Weg, Deutschland im fortschrittlichen Sinne zu vereinen, liegt im Kampf der deutschen Arbeiter selbst ... Nur der Kampf um ein vereinigtes demokratisch-sozialistisches Deutschland hat einen wirklich progressiven Charakter.“ Wir meinen, daß die Massenentlassungen, der Sozialabbau, der Raubzug der westdeutschen „Unternehmer“ und die bittere Enttäuschung der Arbeiter diese Aussage bestätigen. „So haben wir uns die Wiedervereinigung nicht vorgestellt“, sagen Millionen in Ostdeutschland.

Die Restauration des Kapitalismus in der Ex-DDR ist eine ernsthafte Niederlage für die Arbeiterklasse weltweit. Der Begriff „Sozialismus“ wurde weiter durch den Dreck gezogen: Erich Honecker und Axel Springer waren sich immer darin einig, daß die DDR den Sozialismus verkörperte. Auch die Führung der SPD hat zu dieser Diskreditierung wesentlich beigetragen: Die Erklärung des Parteivorstands in Oktober 1989, daß die DDR „endlich mit dem Sozialismus anfangen sollte“ wurde schnellstens vergessen, und Hans-Jochen Vogel hat auch behauptet, daß „40 Jahre Sozialismus“ Schuld an allem seien.

Auf der anderen Seite gibt es einen positiven Aspekt: Die deutsche Arbeiterklasse ist zumindest formell wiedervereint und besitzt zahlenmäßig massiv gestärkte Organisationen. Es droht allerdings die Spaltung der Arbeiter in West und Ost. Darum ist die Aufgabe jetzt der gemeinsame Kampf der Arbeitnehmer im Osten und Westen Deutschlands gegen die Massenarbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und sonstige Angriffe auf ihren Lebensstandard. In diesem Zusammenhang müssen die Gewerkschaften und die SPD (besonders die Linke) endlich einen konsequenten Kampf gegen jeden Versuch der herrschenden Klasse aufnehmen, ihre Position in der deutschen Gesellschaft und gegen die Völker anderer Länder durch den Ausbau des Staatsapparats zu stärken. In diesem Sinne: Kein Ausbau der Bundeswehr! Nein zur Grundgesetzänderung!

Redaktion VORAN, Köln, im Mai 1991

Internationalismus gegen Imperialismus

Die deutsche Wiederbewaffnung aus der Sicht britischer Sozialisten

von Ted Grant, 1954

Der zunehmende Druck für die deutsche Wiederbewaffnung hat unter den Massen in Großbritannien tiefe Besorgnis erregt. Angst und Beunruhigung hat nicht nur Teile der Arbeiterklasse erfaßt, sondern auch die Mittelschichten und politisch konservative Elemente.

Innerhalb der englischen Arbeiterbewegung gehen sowohl Befürworter wie Gegner der Wiederbewaffnung von denselben Grundannahmen für ihre Schlußfolgerungen aus: Dem deutschen Militarismus wird die Alleinschuld an dem Gemetzel und der Zerstörung der beiden Weltkriege angelastet. Gerade diese Propaganda und die Furcht vor einem zukünftigen dritten Weltkrieg haben die Massen der Arbeiterbewegung verwirrt. Die Arbeiter erinnern sich mit Schrecken an den hohen Blutzoll und die Leiden, mit denen der Sieg über den deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg erkauft wurde. Soll das nun alles umsonst gewesen sein? Muß sich der Alptraum der Blutopfer und der Zerstörung unbedingt wiederholen? In dieser Frage liegt der

Grund für die Wut und den Widerstand der Basis. Industriearbeiter und Familienmütter wurden in einen Ausbruch von anti-deutschen Stimmungen getrieben, die, soweit es die Arbeiterklasse betrifft, vielleicht noch schlimmer sind als im Krieg selbst.

Der Labour-Parteivorstand und die Parlamentsfraktion haben eine „staatsmännische“ Position eingenommen, die die Propaganda der Regierung und der Kapitalistenklasse wiedergibt und die sie als „Internationalismus“ verkaufen wollen. Auf der anderen Seite schlägt die Linke unter der Führung der Bevan-Gruppe vor Schreck die Hände über dem Kopf zusammen und findet sich – weil sie von falschen Voraussetzungen ausgeht – in einer Position von nationalistischer Selbstherrlichkeit und anti-deutschem Chauvinismus wieder.

Keine dieser Herangehensweisen kann den Interessen der Arbeiter in Großbritannien, Deutschland oder der Welt entsprechen. Ohne vom Klassenstandpunkt auszugehen, ohne ein grundsätzliches Verständnis des absolut unlösbaren Widerspruchs zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Klasse der Kapitalisten – national wie international – ist eine falsche Herangehensweise an diese Frage unvermeidlich. Es ist keine Frage von Nation gegen Nation, sondern von Arbeiterklasse gegen Kapitalistenklasse in einem Kampf, in dem die Interessen der Arbeiter in Großbritannien die selben sind wie die der Arbeiter in Deutschland, Rußland, Amerika oder der Welt. Wenn man diese Grundsätze im Hinterkopf behält, dann wird man nicht so leicht zur Unterstützung des Kapitalismus im eigenen Land oder auswärts verleitet werden.

Die Geschichte der letzten 50 Jahre mit beiden Weltkriegen ist eine Geschichte der Krise des Kapitalismus. Die Kriege wurden nicht durch die Niederträchtigkeit des Kaisers oder Hitlers verursacht, sondern durch die unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus. Nicht allein der deutsche Kapitalismus war verantwortlich, sondern ebenso der Imperialismus Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas und die kriminelle Politik der stalinistischen Bürokratie in Rußland.

Das Märchen, daß Deutschland oder der deutsche Imperialismus allein für den Krieg verantwortlich wären, ist eine einzige Lügengeschichte, die ein wirkliches Verständnis der Frage von Krieg und Frieden verschleiern soll. Ein bewaffnetes Deutschland ist nicht mehr und nicht weniger ein Hindernis für den Frieden, als ein bewaffnetes Frankreich, Großbritannien oder Amerika. Die Politik der kapitalistischen Klassen aller Länder wird nicht bestimmt von der Liebe zur Demokratie, zu Frieden und Freiheit, sondern ganz allein von den Bedürfnissen und Interessen der kapitalistischen Klasse. Genausowenig ist die Politik der totalitären, stalinistischen Bürokratie in Rußland und seinen Satellitenstaaten in diesem Punkt von der Liebe zum Sozialismus bestimmt, sondern von den Bedürfnissen und dem Interesse der herrschenden Clique in Moskau und den anderen Hauptstädten.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten und im zweiten Weltkrieg führte nicht zu einer Epoche von Frieden und Sicherheit für die Völker der Welt. Die Zwischenkriegszeit war eine Periode von ununterbrochenen Zusammenstößen zwi-

schen den Großmächten, wenn auch nur von zweitrangiger Bedeutung, von denen der zweite Weltkrieg nur den Endpunkt bedeutete. Läßt man die kleinen Kriege in Kenia und Malaysia mal beiseite, ist dieses Jahr (1953) tatsächlich das erste seit 1931, in dem kein größerer Konflikt stattfand.

Die Niederlage von Deutschland, Italien und Japan eröffnete den Völkern der Welt im Gegensatz zu den Versprechen der Alliierten nicht ein neues Zeitalter des Friedens und des Wohlstands, sondern ließ, lange bevor die deutsche Wiederbewaffnung als praktisches Problem aufgetaucht war, das schlimmste Wettrüsten in der Weltgeschichte entstehen. Sogar das Rüstungsprogramm Hitlers vor dem zweiten Weltkrieg erscheint demgegenüber bedeutungslos. Neue U-Boot-Technik, Raketen, noch tödlichere Wasserstoffbomben und andere ausgeklügelte Methoden der Zerstörung werden täglich neu erschaffen. Die Rüstungsprogramme Rußlands, Großbritanniens und der USA bedeuten riesige Ausgaben auf Kosten der Völker dieser Staaten und zeigen, auf welch schwachen Beinen die Behauptung steht, der deutsche Kapitalismus sei der einzige Grund für den ersten und zweiten Weltkrieg gewesen.

Die deutsche Geschichte

Die während und nach dem Krieg sorgfältig verbreitete Ansicht, daß das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterklasse von Natur aus militaristisch sei, verdient keinerlei Beachtung. Genausowenig wie die Arbeiter in Großbritannien unterstützten die Arbeiter in Deutschland den Militarismus oder den Krieg. Die Ansicht, daß die deutschen Arbeiter Anhänger Hitlers waren, stellt die wirklichen Geschehnisse in Deutschland auf den Kopf. Die Verantwortung für den Sieg Hitlers und seine tragischen Folgen für die Arbeiter Deutschlands und der Welt fällt unmittelbar auf die Führungen der Gewerkschaften und der SPD und der KPD. Die deutschen Arbeiter versuchten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, den deutschen Kapitalismus zu stürzen. Der erste Weltkrieg endete mit der Revolution von 1918, die den Kaiser stürzte und die der Ausgangspunkt für eine sozialistische Entwicklung in Deutschland hätte sein können. Die Führer der SPD gingen jedoch eine Verschwörung mit der Obersten Heeresleitung ein und vereitelten die Anstrengungen der Massen, die sozialistische Revolution durchzuführen. Das führte zur Reaktion, die im Putschversuch des General Kapp 1920 zur Errichtung einer Militärdiktatur ihren Höhepunkt fand. Die Antwort der Massen war ein Generalstreik, der die Militaristen lähmte und sie zur Kapitulation zwang.

In dieser Zeit waren die Kräfte des Nationalsozialismus verschwindend gering und spielten keine bemerkenswerte Rolle. 1923 entwickelte sich mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und der Unfähigkeit Deutschlands, seine Reparationszahlungen zu leisten, wieder eine neue Krise. Die einhergehende Inflation brachte

nicht nur die Arbeiterklasse an den Bettelstab, sondern vernichtete auch die Ersparnisse der Mittelschichten und diese selbst. Die Arbeiterklasse in Deutschland wandte sich scharf nach links und es bestand für die Kommunistische Partei die Möglichkeit, die Macht zu erlangen. Die Führung der KPD versäumte es unter der Anleitung Stalins, aus dieser Situation ihren Nutzen zu ziehen. Und die Möglichkeit zur Revolution war vergangen. Trotzdem war die Reaktion so schwach, daß Hitlers Putschversuch in Bayern 1923 von den Regierungstruppen mit links niedergeschlagen wurde.

Die Kräfte des Weltkapitalismus bekamen jedoch Angst vor der Gefahr einer sozialistischen Revolution in Deutschland und pumpeten hunderte Millionen Mark als Investitionen nach Deutschland, um die Situation zu stabilisieren. Der amerikanische, der britische und der französische Kapitalismus halfen alle zusammen, zu diesem Zweck Kredite nach Deutschland fließen zu lassen. So hatte die Demokratie 1924–28 in der Weimarer Republik ihre beste Zeit. Die Truppen der Reaktion wurden von den Kapitalisten nicht gebraucht, die im Wirtschaftsboom große Profite erzielten. Die Arbeiter und die Mittelschichten waren nach der Stabilisierung der Mark mit den lumpigen Reformen, die die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung für sie gewinnen durften, zufrieden. Bis 1928 bestand in Deutschland eine Koalitionsregierung unter dem Sozialdemokraten Müller zusammen mit der katholischen Zentrumspartei.

Die damalige Zeitspanne ähnelte dem Boom, den die kapitalistische Welt jetzt gerade (Anfang der 50er Jahre) erlebt. Dann kam die Weltwirtschaftskrise von 1929. Deutschland wurde von ihr härter getroffen als irgendein anderes Land der Welt. In der Zeit des Booms war seine Industrie wiederaufgebaut und rationalisiert worden. 1928 hätte seine Industrie allein die damals noch unversehrten Märkte der Welt sättigen können. Die Weltwirtschaftskrise brachte die deutsche Industrie praktisch zum Stillstand. Im Verlauf der Krise stieg die Arbeitslosigkeit auf sieben oder acht Millionen an, der Lebensstandard der Arbeiterklasse wurde fast bis auf das Existenzminimum reduziert. Besonders die Arbeitslosen wurden zu vollkommenen Habenichtsen degradiert. Die Weltwirtschaftskrise ruinierte allerdings nicht nur die Arbeiterklasse, sondern ebenso die Mittelschichten. Die Arbeiterklasse wurde durch die wahnsinnige „Sozialfaschismus“-Politik der KPD gespalten, die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als den unmittelbaren Feind der Arbeiterklasse bezeichnete.

In der Zwischenzeit wandten sich die Mittelschichten in ihrer Verzweiflung der Demagogie Hitlers zu, weil sie in der Arbeiterbewegung keinen Ausweg gefunden hatten. Auf seiner Suche nach einem Ausweg aus der kapitalistischen Krise sah auch das Finanzkapital den einzigen Weg zur Rettung in der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung. Es pumpte Millionen in die Kassen der Faschisten. Aber sogar zu diesem Zeitpunkt hätte die Situation noch durch eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gerettet werden können. Aber die Führer der SPD und der Gewerkschaften auf der einen Seite und der Stalinisten auf der anderen führten eine

Politik des Bruderkampfes, die die Arbeiterklasse im Angesicht der faschistischen Bedrohung zur Kraftlosigkeit verurteilte.

Jedoch entgegen dem Märchen, das die Stalinisten sorgfältig in der Bewegung verbreiten, konnte Hitler nie eine Mehrheit im deutschen Volk erlangen. Bei den letzten freien Wahlen 1932 erreichten die Parteien, die offen hinter dem Kapitalismus standen, vier Millionen Stimmen, die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen 13 Millionen, die katholische Zentrumspartei 4,5 Millionen und die Faschisten 13,7 Millionen Stimmen. Das war der Höhepunkt der Nazibewegung. Ein paar Monate später fiel die Stimmzahl der Nazis um zwei Millionen, während die der Arbeiterparteien gleich blieb. Gerade in dieser Situation, wo die Nazibewegung zusammenzubrechen drohte, übergab die Kapitalistenklasse im Januar 1933 die Macht an Hitler. Aber selbst damit war der Sieg der Nazis noch nicht sicher.

Hätten die Führer der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften zusammen zum Widerstand durch einen Generalstreik aufgerufen und wären sie auch bereit gewesen, einen Bürgerkrieg zu führen, so wäre Hitler von der Arbeiterklasse beiseitegefegt worden. Die Arbeiter waren wohlbewaffnet und in Organisationen wie der Eisernen Front oder den Kampforganisationen der KPD zusammengeschlossen. Sie waren besser bewaffnet als die britische Landwehr im zweiten Weltkrieg. Die Nazis hatten deklassierte, kriminelle Elemente und die zerstörten Mittelschichten hinter sich. Die überwältigende Mehrheit der industriellen Arbeiterklasse war bereit und wollte auch kämpfen. Die Bergarbeiter, Hafendarbeiter, Eisenbahner, Mechaniker, Chemiarbeiter und die anderen Schichten des Industrieproletariats hätten sich würdevoll geschlagen. Sie hatten genauso wie die britischen oder die Arbeiter irgendeines anderen Landes ihre kämpferischen Traditionen.

Heute versuchen die Führer der Arbeiterbewegung die Verantwortung für den Verrat der stalinistischen und sozialistischen Führer der Arbeiterklasse zuzuschieben. Billige Phrasen von der deutschen Natur und ihrem Hang zum Militarismus, werden in einem oberflächlichen Rundumschlag als Anklage gegen die deutschen Massen benutzt. Aber die Verantwortung für die deutsche Tragödie, die den zweiten Weltkrieg nach sich ziehen sollte, sobald ihr Haupthindernis – die Organisationen der deutschen Arbeiter – aus dem Weg geräumt waren, trägt nicht allein die Führung der deutschen Arbeiterbewegung. Auch in anderen Ländern, einschließlich Großbritannien, verteidigten die Führer der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Parteien die Politik ihrer jeweiligen Gegenstücke in Deutschland. Die kommunistische Partei Großbritanniens unterstützte die wahnsinnige Politik der deutschen Kommunisten, indem auch sie den Kampf gegen die „direkte Gefahr“, die Sozialisten, lenkte. Für die Labour- und Gewerkschaftsführer in diesem Land rechtfertigte Sir Walter Citrine beim englischen Gewerkschaftskongreß 1933 in Brighton den Verrat der deutschen Gewerkschaftsführer, indem er sagte, daß ein Aufruf zum Generalstreik zu Bürgerkrieg und Blutvergießen geführt hätte.

Das einzige Hindernis für den Frieden – ein bewaffnetes Deutschland?

Die grundsätzliche Frage, die sich stellt, heißt: Ist ein bewaffnetes Deutschland ein Hindernis für den Frieden? Wir haben schon zu erklären versucht, daß nicht allein die Schändlichkeit des deutschen Kapitalismus den ersten und zweiten Weltkrieg verursacht hat, sondern die Politik aller imperialistischen Blöcke und im Bezug auf den zweiten auch die Politik der russischen Bürokratie.

Lange bevor man von Hitler irgendetwas gehört hatte, als er noch Gefreiter in den Armeen des Kaisers war, hatte der große Marxist Lenin in einer sorgfältigen Analyse der Gründe für den ersten Weltkrieg, noch während die Schlachten liefen, gezeigt, daß ihm unvermeidlich ein zweiter Weltkrieg, ein dritter – ein zehnte Weltkrieg folgen würde, solange bis die Zivilisation zugrunde gerichtet sei, wenn der Krieg nicht von einer Reihe erfolgreicher sozialistischer Revolutionen gefolgt würde.

Die Wirklichkeit hat diese Analyse bestätigt. Nicht Deutschland allein bedroht den Frieden, sondern ebenso der amerikanische Imperialismus, der britische Imperialismus und die Politik der stalinistischen Bürokratie. Kaum war das Kampfgeschrei des zweiten Weltkriegs verstummt, schon fielen die Siegermächte wie nach dem ersten Weltkrieg auseinander. Unfähig, eine sozialistische Außenpolitik zu führen, fuhr die russische Bürokratie mit einem massiven Aufrüstungsprogramm fort und bürdete damit den geschwächten Strukturen der russischen Wirtschaft eine schwere Last auf.

Andererseits starteten Großbritannien und Amerika nach einer anfänglichen Periode der Demobilisierung und Abrüstung (die nicht von irgendeiner Art der Friedensliebe verursacht wurde, sondern von dem Druck der Massen, die nach sechs Jahren von Krieg und Zerstörung genug hatten) ein Aufrüstungsprogramm von atemberaubendem Umfang. Sogar die Aufrüstung Hitlers mit sogenannten konventionellen Waffen ist nichts im Vergleich mit den Ausgaben für „normale“ Zerstörungswaffen, ganz abgesehen von den neuen chemischen und atomaren Waffen und anderen neuen ausgeklügelten Methoden, die Menschheit auszulöschen. Das zeigt, auf welch töneren Beinen die Behauptung steht, daß nur Deutschland gerne Waffen anhäuft und Kriege vorbereitet.

Im sogenannten Kalten Krieg haben wir gerade eine Zeit von gespannten Beziehungen, die weit schlimmer ist als jede andere Periode in der neueren Geschichte, wo die Kriegsgefahr in der Luft lag. Als Folge des zweiten Weltkrieges, in dem die wahren Sieger Rußland und die USA kontinentale Supermächte waren, stehen sich nun diese beiden Kraftprotze in Europa und Asien gegenüber. Wiederum liegt hier der Grund für den Konflikt nicht im guten oder im bösen Willen eines der beiden Hauptprotagonisten des Kalten Krieges. In der heutigen Welt findet der amerikanische Kapitalismus-Imperialismus seinen Weg zur Weltherrschaft versperrt von der Mächtigkeit

Rußlands einerseits und andererseits vom Befreiungskampf der Kolonialvölker in Asien.

Die Ziele Amerikas sind ebensowenig wie im zweiten Weltkrieg von der Verteidigung der Demokratie, der Freiheit und des Friedens bestimmt, sondern von den räuberischen Interessen des Finanzkapitals der Wall Street. Daß dem so ist, zeigen die Verbündeten, die Amerika unter seinem Banner versammeln konnte: Rhee (Präsident von Süd-Korea), Tschiang Kai Schek und der große Demokrat und Schlichter des spanischen Volkes, Franco. Diese Verbündeten zeigen die Verlogenheit der Behauptung, daß der amerikanische Kapitalismus gegen totalitäre Diktaturen und das repressive System in Rußland, China und Osteuropa ist. Das ist der ideologische Schutzschild, hinter dem die eigentliche Feindschaft des amerikanischen Imperialismus zum Staatseigentum an Produktionsmitteln in Rußland und zu der Befreiungsbewegung gegen Kapitalismus und Imperialismus in den kolonialen Ländern versteckt wird.

Die Grundlinie der Politik des britischen Imperialismus ist in Wirklichkeit um kein Haar besser. Die Pazifik-Politik Großbritanniens im fernen Osten wird nicht von der Friedensliebe des britischen Imperialismus bestimmt, sondern von der Schwäche des britischen Kapitalismus als Ergebnis der beiden Weltkriege. Seine Schwäche hat Großbritannien gezwungen, sich auf Amerika als das einzige Gegengewicht zu der Macht Rußlands zu stützen. Seine Politik wird von der Tatsache bestimmt, daß es die Reste des gebeutelten Empire retten und Komplikationen in Europa und Asien verhindern will. Falls es dort zu einem Zusammenprall kommt, würde das – unabhängig vom Ausgang – nichts anderes als ein totales Desaster für Großbritannien, wenn nicht gar seine vollständigen Zerstörung bedeuten.

Wie die Klasse, die er repräsentiert, ist Churchill weder ein Kriegstreiber noch ein Friedensengel, sondern steht für Krieg und Frieden je nach den Bedürfnissen und Interessen der kapitalistischen Klasse. Und deren Kalkulationen werden ebenso von den nackten kapitalistischen Interessen bestimmt und keineswegs von der Liebe zur Demokratie, zur Freiheit und zum Frieden.

Auf der anderen Seite sind die Ziele der herrschenden Clique in Rußland nicht viel besser. Es stimmt zwar, daß die Bürokratie wegen der Ausschaltung des Privateigentums nicht ebenso einen Zwang zur Expansion hat, wie dies die kapitalistischen Staaten in der Vergangenheit gezeigt haben. Deshalb ist sie gegen den Krieg, der für sie nur ein Risiko darstellt. Trotzdem ist sie nicht am Sozialismus interessiert, sondern allein an der nationalen Ausdehnung ihrer Herrschaft in Rußland. Die herrschende Clique hat kein Interesse daran, die Macht der Arbeiterklasse auszuweiten, sondern nur die Macht, das Einkommen, die Privilegien und das Prestige der Bürokratie in Rußland. Es stimmt, daß sie zur Verteidigung dessen auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, das die Grundlage für diese Wohltaten ist. In diesem Sinne spielt sie eine relativ fortschrittliche Rolle in der Geschichte. Trotzdem ist die

ganze Politik der Bürokratie nicht vom sozialistischen Internationalismus bestimmt, sondern von den Bedürfnissen und Interessen der Clique im Kreml.

Wenn in den nächsten Jahren der Nationalismus und der Militarismus in Deutschland wiederauferstehen, dann tragen die alliierten Mächte und vor allem die russische Bürokratie selbst dafür die Verantwortung. Die Besatzungspolitik der siegreichen roten Armee war kaum besser als die der Nazis mit ihren gigantischen Plünderungen, Brandschatzungen und Annexionen in Osteuropa und der Ukraine. Mit dem Einverständnis der „Demokratien“ in Großbritannien und Amerika wurden Ostpreußen und Teile des deutschen Schlesiens willkürlich Polen und Rußland zugeschlagen. Ein Viertel des deutschen Gebietes wurde gewaltsam von seinem lebendigen Organismus abgeschnitten. Nicht nur das; die deutschen Einwohner dieser Gebiete wurden, wie dies die Nazis vorgemacht hatten, per Gesetz in das geschrumpfte Gebiet Deutschlands vertrieben. Auch in der Tschechoslowakei und anderen Gebieten Osteuropas wurden Deutsche, die schon tausend Jahre in diesen Gebieten angesiedelt waren, ohne jede Rücksicht vertrieben und nach Deutschland geschickt. Zehn Millionen Menschen, etwa ein Fünftel der Bevölkerung der Bundesrepublik wurden so unmenschlich behandelt und mußten alles bis auf ein paar persönliche Dinge zurücklassen.

Die beiden deutschen Staaten

Deutschland ist heute in zwei grundsätzlich feindliche Hälften geteilt. In Ostdeutschland hat die stalinistische Bürokratie mit Hilfe der Bajonette der russischen Armee eine Marionettenregierung nach dem Vorbild der anderen Regimes in den osteuropäischen Staaten errichtet. Die Bürokratie nutzte ihre Position und blutete Ostdeutschland mit willkürlich festgesetzten Reparationen für die Zerstörung der deutschen Armeen in Rußland aus. Es wird angenommen, daß sie sich in nicht ganz zehn Jahren die gigantische Summe von 60 Milliarden DM (damaligen Wertes) an Reparationen zahlen ließ. Trotzdem schaffte sie es in der ersten Zeit der Besatzung durch die Einführung von Elementen der Arbeiterkontrolle in den Fabriken und durch die Verstaatlichung der Schwerindustrie und wichtiger Teile der Leichtindustrie, eine gewisse Unterstützung von der Arbeiterklasse zu bekommen.

Diese wurde schnell durch das totalitäre System zerstört, das sich in seiner Repression nicht von der Hitler-Diktatur unterscheidet. Trotz Verstaatlichung und Planwirtschaft haben die mangelnde Freiheit, die willkürliche Überwachung, das Mißmanagement und die bürokratische Willkürherrschaft die ostdeutschen Arbeiter abgeschreckt. Ohne Zweifel existiert das Regime zu diesem Zeitpunkt nur mit der Unterstützung der Besatzungstruppen der russischen Armee.

Westdeutschland

Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die Geschichte bis zu einem gewissen Grad wiederholt. In der ersten Zeit nach dem Krieg war das Hauptanliegen des westlichen Imperialismus, die Kräfte des deutschen Imperialismus niederzuhalten und sicherzustellen, daß eine mögliche sozialistische Revolution keinen Erfolg hat. Hauptsächlich sollte die Macht der deutschen Industrie als Grundlage für die militärische Macht begrenzt werden. In dieser Zeit war das Programm von Demontage, Reparationen und andauernder Entmilitarisierung Deutschlands die offizielle Politik des Westens. Aber mit dem Ende der Flitterwochen in den Beziehungen zu Rußland und dem Beginn des Kalten Krieges wurde diese reaktionäre und utopische Politik aufgegeben. Westdeutschland wurde in den Marshall-Plan miteinbezogen. Weit entfernt davon, Reparationen aus Deutschland herauszuholen, wurden im Endeffekt sogar Reparationen an Deutschland gezahlt. Auf diesem Weg wurde in den letzten Jahren die deutsche Industrie weitgehend und noch moderner als vor dem Krieg wiederaufgebaut.

Ohne die Belastung eines Rüstungshaushaltes, mit Extra-Profiten, die aus den Arbeitern herausgepreßt wurden, und mit einer höheren Investitionsquote hat die deutsche Industrie sehr schnell den Vorkriegsstand erreicht und übertroffen. Gleichzeitig sind – wie die Bevan Gruppe ganz richtig betont – heute dieselben Kräfte an der Macht, die Hitler finanzierten, stützten und ihren Nutzen aus seiner Herrschaft zogen. In der Stahlindustrie, bei der Kohle und in der Chemie, überhaupt in der Großindustrie sind heute dieselben Interessen des Finanzkapitals und des Big Business an der Macht. Hinter den Kulissen bereiten sich die Militaristen und Generäle, die die Armee des Kaisers und Hitlers kontrollierten, auf die Rückkehr in ihre gewohnte Rolle als militärische Kaste in einer neuen, deutschen Armee vor. Nun stellen sich die ehrlichen linken Elemente in der Arbeiterbewegung ängstlich die Frage „Müßten wir jetzt nicht eingreifen?“ Ehemalige hohe Nazi-Offizielle haben Schlüsselpositionen in der Regierung und im öffentlichen Dienst inne. Wer sagt, daß sie nicht einen neuen faschistischen Putsch in Deutschland vorbereiten?

Diese Herangehensweise ist völlig falsch. Faschismus und eine militärisch-polizeistaatliche Diktatur entstehen nicht nur aus dem Willen der Kapitalisten und der Generäle. Zum Glück ist es ausgeschlossen, Faschismus per Gesetz einzuführen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es mächtige Gewerkschaften und sozialdemokratische Organisationen in Deutschland. Sie haben bittere Lehren aus den Erfahrungen von 1933 gezogen. In der Nachkriegszeit beantwortete die Arbeiterklasse den Versuch der Neo-Nazis, sich zu organisieren, mit Streiks. Vor dem Verbot der faschistischen Sozialistischen Reichspartei drohten die Gewerkschaften unter dem Druck ihrer Mitglieder Adenauer, daß sie die Sache in die Hand nehmen würden, wenn er es nicht tut. Genau das zwang die westdeutsche Regierung zum schnellen Handeln, wobei noch hinzu-

kommt, daß die Kräfte des Kapitalismus zum jetzigen Zeitpunkt nicht unbedingt Faschisten brauchen.

Auch die Mittelschichten wurden durch die Erfahrung des Militarismus und des Faschismus desillusioniert. Der Boom, den Deutschland zur Zeit erlebt, ähnelt dem nach dem ersten Weltkrieg. In einer wirtschaftlichen „Prosperitätsphase“ mit relativer Vollbeschäftigung und den Mittelschichten in einer recht komfortablen Position besteht keine Basis für die Reaktion. So bekamen die Neofaschisten oder eine schwach getarnte faschistische Vorfeldorganisation bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, das auch das wichtige Ruhrgebiet umfaßt, von zehn Millionen Stimmen weniger als 2000.

In Bezug auf Westdeutschland – ein kapitalistisches Deutschland – heißt das aber nicht, daß das Problem von Krieg und Faschismus für immer erledigt ist. Dieselben Ursachen für Hitlers Emporkommen, den Versuch des deutschen Imperialismus, sich Europa unter den Nagel zu reißen, bestehen auch heute in Westdeutschland. Das ist nicht so, weil die Deutschen als Volk irgendwie besser oder schlechter sind als die anderen Völker der Welt, sondern wegen der spezifischen Probleme des deutschen Kapitalismus.

Eine neue tiefe Wirtschaftskrise, in der die Kräfte der Arbeiterklasse keinen Ausweg aufzeigen können, würde die Mittelschichten unweigerlich zur Verzweiflung führen. Die westdeutschen Kapitalisten würden wieder nach irgendeiner Form von faschistischer Bewegung Ausschau halten. Diesmal vielleicht in einer ähnlichen Organisationsform, wie sie De Gaulle in Frankreich errichten wollte. Die deutsche Industrie ist schon wieder auf dem Weg, die Herrschaft über den Weltmarkt anzustreben. Die Produktivkräfte Deutschlands können nicht in den engen deutschen Grenzen gefangen gehalten werden. Auf längere Sicht werden sie versuchen, Europa und die Welt zum Nutzen des deutschen Imperialismus zu organisieren. Am Anfang könnte das durch Propaganda für die Rückgewinnung der durch Polen und Russen weggenommenen Gebiete und für die nationale Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands geschehen.

Doch egal wie sie vorgehen, bevor sie den Weg zum Krieg oder zum Faschismus einschlagen können, müssen die Kräfte der Reaktion in Deutschland zuerst die Organisationen der Arbeiterklasse zerstören sowie die Rechte, die dort in den letzten zehn Jahren zurückgewonnen wurden. Die Faschisten konnten sich den Luxus eines Krieges nur leisten weil die Heimatfront, die allerwichtigste Front, zeitweilig gesichert war durch die Atomisierung und Kraftlosigkeit der Arbeiterklasse und durch die psychischen Auswirkungen des Verrats der Arbeiter an Hitler ohne jeden Kampf. Eine Wiederholung dessen ist äußerst unwahrscheinlich. Allein aus ihren eigenen Erfahrungen heraus würden die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zumindest den Weg ihrer österreichischen oder ihrer spanischen Genossen einschlagen, den Bürgerkrieg, anstatt sich feige dem Faschismus unterzuordnen.

Bevan und der Labour-Parteivorstand haben beide recht – und irren sich dennoch

Auf der Grundlage des Kapitalismus kann es für das Problem Deutschlands und Europas keine Lösung geben. Rezessionen, Kriege und neue Krisen sind auf längere Sicht unausweichlich, wenn der Kapitalismus weiterbesteht. Die Bevan-Gruppe glaubt, daß die deutsche Wiederbewaffnung in Zusammenarbeit mit den Kräften des britischen, französischen und amerikanischen Kapitalismus und der russischen Bürokratie verhindert werden kann. Das ursprüngliche alliierte Programm war, die Deutschen hart zu bestrafen, Deutschlands Industriekapazitäten zu beschränken und eine lange Zeit der Besatzung durch die vier Mächte, um dem deutschen Volk die Sünden Hitlers und der SS klarzumachen. Das war ein Programm der nationalen Unterjochung, die nur um einen Tick milder ausfiel als die nationale Unterdrückung durch Hitler in den besetzten Ländern Europas. Wenn das nun von Ost wie von West fallengelassen wurde, dann nicht aus unschuldiger, demokratischer Überzeugung und wegen eines Wandels in Herz und Seele der Amerikaner oder der Alliierten. Es wurde zuerst einmal fallengelassen, weil seine Durchführung unmöglich gewesen wäre, egal über welche Zeit, und zweitens, weil die West-Alliierten das Kräfteverhältnis wieder ausgleichen wollten, das sich als eine Folge des zweiten Weltkriegs so verhängnisvoll für sie verschoben hatte.

Die Idee der Bevan-Gruppe, zur alten Politik zurückzukehren, ist ein reaktionärer Traum. Die Frage, die der Labour-Vorstand hierzu der Bevan-Gruppe gestellt hat und auf die sie nie eine klare Antwort gegeben hat, ist: Wie soll diese Politik durchgeführt werden? Jeglicher Versuch, die Deutschen als eine Nation von Aussätzigen zu behandeln ist zum Scheitern verurteilt. Sogar in der aufgeheizten Atmosphäre der ersten Monate nach dem Krieg war der Versuch, eine Kontaktsperre (zwischen Besatzungstruppen und deutscher Bevölkerung) zu errichten, nicht durchführbar. Der Versuch, Deutschland mit dieser Politik für immer niederzuhalten, würde allein den Flammen des Nationalismus und des Militarismus in Deutschland neue Nahrung geben. Diese Kräfte würden somit eine Grundlage für ihre Forderungen nach Gleichheit und nationaler Selbstbestimmung bekommen. Britische, französische und amerikanische Soldaten könnten nicht sehr lange als SS eingesetzt werden.

Hitler konnte nur extra ausgewählte Truppen für die schmutzige Arbeit in den besetzten Ländern einsetzen und nicht die reguläre deutsche Armee. Trotzdem mußten sich die Nazis dies mit einer mächtigen Widerstandsbewegung wegen dem Mangel an Demokratie zu Hause erkaufen. Wie lange würde die öffentliche Meinung in Großbritannien, Frankreich oder Amerika der nationalen Unterdrückung Deutschlands, die das bedeuten würde, standhalten? Abgesehen von ihrem unsozialen Charakter, ist eine solche Politik absolut undurchführbar. Es ist in der modernen Welt

unmöglich, irgendeine große Nation über irgendeine Zeitspanne niederzuhalten, das ist die Lehre der Geschichte und etwas, das die Bevan-Gruppe mit ihren platten Phrasen und ihrer Effekthascherei in der Öffentlichkeit erst noch lernen muß.

Der Labour-Vorstand hat somit recht, wenn er die Bevan-Gruppe in dieser Frage als unrealistisch kritisiert. Andererseits, welche Positionen vertritt der Parteivorstand? Kürzlich warfen sie die Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter in Amerika, Frankreich und Großbritannien und in den anderen betroffenen Ländern in einen Topf und warben um Unterstützung für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Wie das Mädchen, das sein uneheliches Kind damit entschuldigt, daß es ja nur ein kleines Baby sei, glauben sie dem Argument der Alleinschuld des deutschen Militarismus und der deutschen Militaristen und treten für eine „kontrollierte“ und „begrenzte“ oder nur mäßige deutsche Wiederbewaffnung ein. Hier darf die Bevan-Gruppe lachen. Ganz richtig betont diese, daß der Gedanke illusionär ist, daß irgendwelche Beschränkungen auf irgendeinem Papier irgendwelche Auswirkungen hätten, wenn die deutsche Wiederbewaffnung erst einmal stattgefunden hat. Wenn die Generäle und Industriellen Deutschlands den Braten erst zwischen den Zähnen haben, wird sie keine Kraft in ihrer verrückten Rüstung mehr aufhalten als die Drohung mit Gewalt, die unter diesen Bedingungen einen neuen Krieg herausfordern würde.

Wenn die Bevan-Leute sagen, es sei durchaus möglich, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland sich in gleicher Weise wie im Hitler-Stalin-Pakt von 1933, der zum zweiten Weltkrieg führte, wieder mit der Sowjetbürokratie arrangieren würde, so haben sie durchaus recht. Das ist durchaus möglich. Ein wiederbewaffnetes Deutschland würde sich zuallererst um die nationalen Interessen der kapitalistischen Klasse kümmern. Genausowenig wie die britischen, französischen oder amerikanischen Kapitalisten haben sich die Herzen der deutschen Kapitalisten geändert. Es sind die Interessen des deutschen Imperialismus, die ihnen am Herzen liegen. Alle Abmachungen würden ohne zu zögern gebrochen werden, wie das alle Mächte tun, wenn sie sich davon einen Vorteil versprechen. Die Wiederbewaffnung Deutschlands wird kein einziges Problem lösen, sondern wird einen neuen Herd der Unsicherheit in eine sowieso schon überstrapazierte Atmosphäre hinzufügen.

Die Auseinandersetzung um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft hat schon gezeigt, wie dieser Prozeß aussehen wird. Die Positionen der verschiedenen Fraktionen in Frankreich, einmal abgesehen von der KP, die natürlich von der Außenpolitik der russischen Bürokratie gelenkt wird, sollen dem dienen, was sie jeweils als das Interesse des französischen Kapitalismus betrachten. Ebenso ist die Politik der britischen und der amerikanischen Kapitalisten ein Produkt ihrer Interessen. Wenn die französischen Kapitalisten in ihrer Mehrheit offensichtlich die Europäische Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt haben, so aus Furcht vor einer zu engen Umarmung durch eine besser entwickelte und stärkere Wirtschaft ihrer Gegenspieler in Deutschland. Wenn sie noch einmal die Möglichkeit ohne ein allzu großes Risiko hätten,

würden die deutschen Kapitalisten unter dem Druck des Widerspruchs zwischen einer hochproduktiven Wirtschaft und einem beschränkten deutschen Markt ohne Zögern wieder den Weg zur Vorherrschaft über Europa einschlagen. Die deutsche Wiederbewaffnung kann also die Probleme, die Deutschland und Europa bedrücken, nicht lösen.

Die sogenannten Sicherheitsvorkehrungen, die der Labour-Vorstand vorgeschlagen hat, wären genauso angemessen, wie wenn man zum Schutz vor einer Überschwemmung eine Regenrinne in das betroffene Gebiet legen würde. Wie die Wilden, die ihre Zaubersprüche hersagen, glaubt der Labour-Vorstand, daß Zauberformeln den deutschen Militarismus austreiben können. Jede neue „Sicherheitsvorkehrung“, um die deutsche Wiederbewaffnung einzuschränken, würde sich als ähnlich wirkungsvoll erweisen, wie der Versailler Vertrag. Der konnte nur so lange aufrecht erhalten werden, wie er den Interessen des deutschen Kapitalismus diene. Und das nicht, weil Deutschland anders ist, sondern weil Deutschland in letzter Instanz eben genau gleich ist wie jedes andere kapitalistische Land. Der Labour-Vorstand sagt, daß im Notfall, „im Fall einer Bedrohung der Sicherheit oder des Versuchs, die Verfassung der Bundesrepublik außer Kraft zu setzen, die drei Westmächte das Recht haben in Übereinstimmung mit der deutschen Bundesregierung den Notstand auszurufen“. Das ist eine Drohung, die gegen die Gefahr einer sozialistischen Revolution in Deutschland in der Hinterhand gehalten wird und kaum ein Mittel, die Kontrolle über die Wiederbewaffnung sicherzustellen.

Nach Berichten, die eher wahrscheinlich als erlogen sind, bereiten die amerikanischen Imperialisten in ihrer verzweifelten Suche nach einer starken und stabilen Kraft, auf deren Unterstützung sie sich in Europa gegen die Gefahr des Sozialismus und die Bedrohung durch die russische Bürokratie verlassen können, auf jeden Fall im Geheimen schon die Aufstellung einer Armee von mindestens 50 Divisionen vor, und nicht von 12, auf die die Europäische Verteidigungsgemeinschaft Deutschland begrenzen wollte. Das zeigt, was die vorgeschlagenen Sicherheitsvorkehrungen des Labour-Vorstandes oder alle anderen Abmachungen, die ihren Platz einnehmen, wert sind.

Die Beurteilung der Situation vom Standpunkt der deutschen Konkurrenz im Welthandel in beiden Broschüren – „In Defence of Europe“ (Verteidigung Europas) und „It Need Not Happen“ (Es darf nicht sein) – ist ein Maß für ihre begrenzte und imperialistische Sichtweise. Und in der Tat, wenn man davon ausgeht, daß der Kapitalismus ungestört in seiner derzeitigen Form weiterbestehen wird, ist die deutsche Konkurrenz ein außerordentlich wichtiges Problem für die westlichen Imperialisten. Gerade die Zuspitzung dieses grundsätzlichen Problems und der Kampf um den Weltmarkt waren verantwortlich für die beiden Weltkriege.

Die Wirtschaft von Deutschland und von Westeuropa als ganzem kann nicht innerhalb der Grenzen des alten Nationalstaats gefangengehalten werden. Das erklärt die Angst der kapitalistischen Kräfte in allen Ländern des Westens. Privateigentum an

Produktionsmitteln einerseits und der Nationalstaat andererseits behindern die volle und ungehemmte Entwicklung der Produktivkräfte. Gerade das hat die chronische Krise der letzten vier oder fünf Jahrzehnte verursacht, mit ihren regelmäßigen Zerstörungen und Blutorgien.

Wenn es nicht so tragisch wäre, wären die Argumente, die in diesem Zusammenhang von Sozialisten gebracht werden, zum Lachen. Der Labour-Vorstand zum Beispiel sagt, daß ein neutralisiertes Deutschland schlecht für Europa wäre, weil das ein Wettrennen zwischen Ost und West um die Gunst der Deutschen bedeuten würde. „In diesem Wettbewerb wäre die Sowjetunion in der Lage, die Märkte für deutsche Industriegüter sowie eine mögliche Rückgabe der ‚Landverluste‘ im Osten als Köder auszuliegen“.

Es bleibt dem Labour-Vorstand nur die höfliche Frage zu stellen: „Wenn Deutschland einmal bewaffnet ist, warum soll sich dann dieses Problem nicht in derselben Weise stellen? Wer oder was soll das verhindern? Die guten Absichten der Labour-Führung, oder ihr Vertrauen in den guten Willen der deutschen Generäle und Kapitalisten?“

Die Position der Bevan-Gruppe zu diesem Punkt ist sogar noch wirklichkeitsferner. Sie sagt, man solle diese Frage noch etwas aufschieben. Weil das „den Staatsmännern die Gelegenheit geben kann, nocheinmal nachzudenken und eine gänzlich neue Politik zu beginnen“. Unglücklicherweise ist die internationale Politik kein Spiel von Kindern. Wenn sich neun Jahre lang die Beziehungen zwischen Ost und West verschlechtert haben und eine Konferenz nach der anderen gescheitert oder festgefahren ist, dann nicht, weil Molotow gerne nein sagt oder weil McDulles kleinlich oder ungeduldig ist, sondern weil sie beide Repräsentanten von unvereinbaren Interessen sind, die sich ganz genau im Ausbruch des Kalten Krieges widerspiegeln.

Es stimmt, wie die Bevan-Gruppe sagt, „die Wiederbewaffnung Westdeutschlands ist ein Teil der Strategie des Kalten Krieges und sie würde eine Verhandlungslösung der Deutschen Frage ganz und gar unmöglich machen. Sie würde die Wahrscheinlichkeit einer ‚letzten Katastrophe‘ noch vergrößern“. Aber sie übersieht, daß die Verhandlungen der letzten Jahre zwischen West und Ost in Europa von dem verzweifelten Versuch beider Seiten geprägt waren, die Verantwortung für die Teilung Deutschlands in zwei einander feindliche Staaten der anderen Seite zuzuschieben. Beide Seiten haben die Verhandlungen als Propagandainstrument gegenüber dem deutschen Volk benutzt, um so die Verantwortung loszuwerden. Die Gründe, die sie auf diese Politik gebracht haben, ergeben sich aus ihren Gegensätzen, die grundsätzlich sind. Genau sowenig wie es außer für eine kurze Zeit möglich ist, die Gegensätze zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten in den einzelnen Ländern auszugleichen, ist es auch unmöglich, mehr als ein zeitweiliges Arrangement zwischen zwei sich gegenseitig ausschließenden und feindlichen Gesellschaftssystemen, wie Rußland und dem Westen, herzustellen. Eine sogenannte „rationale“ Politik des Appellierens an die Ver-

nunft und den Sachverstand ist gänzlich unangebracht und eine schlimme Täuschung und eine Falle für die Arbeiterklasse, wenn es sich um den Kampf zwischen unvereinbaren Gesellschaftssystemen oder Klassen handelt.

Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die sogenannten Attlee-Bedingungen betrachten. „Die deutsche Demokratie muß sicherstellen, daß die bewaffneten Einheiten ihre Diener sein werden, und nicht ihre Herren. Auch ich sehe ein, daß immer die Gefahr einer neuen Notlage durch dieselben Kräfte gibt, die Deutschland früher schon zum Unruhestifter gemacht haben, aber wir werden diese Gefahr nicht los, wenn wir ein Vakuum zurücklassen. Die Antwort darauf lautet, daß es in Deutschland eine demokratische Armee, die demokratisch kontrolliert wird, geben soll.“ Was für mögliche Garantien können bestehen, wenn dieselbe Offizierskaste die Armee kontrollieren wird, die sie schon unter dem Kaiser, in der Weimarer Republik und unter Hitler kontrollierte? Was für eine demokratische Kontrolle, wenn das Rückgrat der Beamenschaft wieder dieselben Elemente bilden, die dem Kaiser treu dienten, die freudig die Weimarer Republik verrieten, die untertänig vor Hitler kuschten und sich wie der Vicar of Bray schon gewendet haben und heute Lippenbekenntnisse für die Demokratie ablegen? Wir sollten hier noch anfügen, daß dieses Problem nicht nur speziell für Deutschland zutrifft. In Frankreich gab es ein ähnliches Problem mit der Vichy-Regierung, das auch ähnlich ausging. Und nur um die Leistung ins rechte Licht zu rücken, mit der Situation auf der Jersey-Insel im Herrschaftsbereich der britischen Staatsmacht, kann man sich auch nicht rühmen. Wenn die Bedingungen für den Aufstieg des Faschismus in Deutschland wieder eintreten, dann werden die Konsequenzen dieselben sein, solange bis die Truppen der Arbeiterklasse organisiert und vorbereitet sind, die richtigen Maßnahmen zu treffen.

In der Bevan-Broschüre steht: „Es ist immer noch Zeit, Europa und die Welt vor den Gefahren des Wiederaufbaus der Militärmacht in Deutschland zu retten. Es muß nicht geschehen.“ Worte, Worte, Wortel! Unter den wenigen richtigen Dingen, die Hitler jemals sagte, befindet sich die hämische Bemerkung, daß sozialistische Politiker von ihren eigenen Phrasen besoffen würden. Es wird eben einfach nicht erklärt, wie dieses gefällige Ende erreicht werden soll. Wenn nur Eisenhower, Molotow und Churchill an einem Tisch zum Tee zusammenkommen würden, oder zu einer Flasche Wodka, dann würde schon alles geregelt werden. Offensichtlich besteht das Problem allein darin, diesen Herren die Schrecken klarzumachen, die die Menschheit sonst überkommen. Es trifft bestimmt zu, daß es nicht schaden würde, die Köpfe all dieser Herren einmal einer gründlichen Untersuchung zu unterwerfen. Aber es tut nichts zur Sache, ob sie nun gesund sind oder nicht, ob sie gut oder schlecht aufgelegt sind, ob sie Humanisten oder Kriegstreiber sind; das hat damit nichts zu tun. Ob sie gut oder schlecht sind, sie sind Repräsentanten der Politik der kapitalistischen Klasse und der imperialistischen Länder oder der stalinistischen Bürokratie in Rußland.

Deutschland war neun Jahre lang entwaffnet und hilflos und siehe da, die Schwierigkeiten, das Zusammenprallen von unterschiedlichen nationalen Interessen ging genauso lustig weiter wie vor dem Krieg. Es ist eben der Zusammenprall kapitalistischer Interessen, woraus der Konflikt entsteht und nicht die guten oder schlechten Absichten dieses oder jenes Politikers und nicht einmal dieser oder jener Partei.

Auf dem jährlichen Parteitag überstimmte der Parteivorstand die Bevan-Gruppe mit seinem „Kompromißpapier“ und somit wurde die Position der letzteren mit einer schmalen Mehrheit abgelehnt. Aber angenommen, sie hätte den Sieg davongetragen, was hätte sie damit angefangen? Beide, die Linken und die Rechten sprechen immer von „praktischer“ Politik. Was wären die praktischen Konsequenzen aus dem Sieg der Bevan-Gruppe gewesen? Wie auch immer, mit dem derzeitigen Kräfteverhältnis in der Welt und unter den derzeitigen Bedingungen wird Deutschland wiederbewaffnet, sogar in allernächster Zukunft. Es wird wiederbewaffnet, weil das der Wunsch der französischen, britischen und amerikanischen kapitalistischen Kräfte ist, ganz zu schweigen von den Kräften des deutschen Kapitalismus selbst. Also hätte ein Sieg der Bevan-Gruppe gar keine Reaktion von dieser Seite nach sich gezogen.

Die Bevan-Gruppe behauptet, daß sie eine „konstruktive sozialistische Politik darstellt“. In diesem Zusammenhang schlägt sie ein Abkommen zwischen allen Großmächten zum Nutzen der Kolonialvölker vor. Das zu einer Zeit, wo der amerikanische Kapitalismus jede reaktionäre Feudalherrenclique, die die Kolonialvölker in Asien unterdrückt, aufbaut. Wo sich der amerikanische Imperialismus immer noch verzweifelt weigert, die vollendete Tatsache des Sieges der chinesischen Revolution anzuerkennen, auf Formosa die Herrschaft Tschiang Kai Scheks aufrechterhält und sehnüchtig auf den Tag wartet, wann er wieder auf dem Festland eingesetzt werden kann. Das zu einer Zeit, wo der britische Imperialismus damit beschäftigt ist, die Völker Kenias und Malaysias niederzuhalten. Die Tatsachen, die das Leben schafft, sind böse Dinge. Man könnte es sich anders denken, aber wie eine alte Jungfer, die sich über die Schandhaftigkeit der Jugend aufregt, gerade so sinnvoll ist es, dem Imperialismus und dem Stalinismus wegen ihrer jeweiligen Praxis den erhobenen Finger zur Mahnung zu zeigen. Wenn sich verschiedene Interessen gegenüberstehen, dann ist keine Frage davon, was gut für die Menschheit ist, wie das die Sentimentalisten denken.

Es gibt auf der Welt nur eine einzige wirklich gegen den Krieg gerichtete Kraft, die durch und durch demokratisch ist und deren Interesse die Zukunft der Menschheit ist: die Kraft der internationalen Arbeiterklasse. Und zwar nicht aus humanitären oder moralischen Überlegungen, sondern weil das Interesse der russischen, deutschen, britischen, französischen, amerikanischen und chinesischen Arbeiter tatsächlich ein und das selbe ist. Das ist die Grundlage von wirklich sozialistischer Politik. All die Manöver und Träume, all die diplomatischen Verhandlungen und Schiebereien sind auf längere Sicht nur ein Wettlauf um Pöstchen während der Schwankungen der Außenpolitik.

Wenn sie die Frage von Deutschland behandeln, trifft das zu einem gewissen Ausmaß sowohl auf den Labour-Vorstand wie auf die Bevan-Gruppe zu. Sie sagen, die deutschen Kapitalisten und Militaristen würden nur zum Eigennutz zwischen Ost und West manövrieren. Aber siehe da, der Eigennutz von Kapitalisten endet nicht an der deutschen Grenze. Es gibt keine mysteriöse Eigenschaft, die die deutschen Kapitalisten von den Kapitalisten anderer Länder unterscheidet, alles ist lediglich eine Frage von ökonomischen, diplomatischen, politischen und sozialen Umständen. Es ist schade, daß sie nicht den „Realismus“, den sie in Bezug auf den wiederaufsteigenden, deutschen Kapitalismus zeigen, nicht auch gleichermaßen in Bezug auf die Politik ihrer eigenen Kapitalistenklasse oder der Amerikas oder der stalinistischen Bürokratie zeigen. In anderem Zusammenhang haben sie die Politik des US-Imperialismus gegenüber Guatemala verurteilt oder gegenüber Formosa, oder des französischen Kapitalismus zu Indochina, oder des britischen Kapitalismus zu Guinea, oder den Totalitarismus der stalinistischen Bürokratie. Schade ist nur, daß sie nicht verstehen, daß alle diese Dinge nicht zufällig wegen der Rohheit dieser oder jener Partei entstehen oder weil ... offensichtlich weder der Labour-Vorstand noch die Bevan-Gruppe diesen Leuten lange genug über das Böse ihrer Politik doziert haben und sie von ihrem Irrtum überzeugt haben, wie eine Schuldirektorin ein ungezogenes Kind ausschimpft, das auf seinem schlechten Benehmen besteht. Vorträge und Ermahnungen klingen hohl, wenn es sich um grundlegende wirtschaftliche Fakten handelt. Wenn sich Kapitalisten so benehmen, dann nicht aus mangelndem Verständnis, sondern wegen der ökonomischen Interessen, die ihre Politik bestimmen. Wenn sich die stalinistische Bürokratie im eigenen Land tyrannisch benimmt, dann tut sie es, weil sie ein totalitäres Regime braucht, um ihre privilegierte Position zu verteidigen.

Und so kommen wir wieder zum Anfang zurück.

Das Problem der deutschen Vereinigung

Deutschland ist in zwei grundsätzlich verschiedene und unversöhnliche Lager geteilt. Auch wenn die sowjetische Bürokratie durch ihre Marionetten eine brutale Diktatur geschaffen hat, hat sie nicht zufällig in ihrer Zone den Kapitalismus beseitigt und ein Regime nach dem stalinistischen Modell errichtet. Genausowenig zufällig ist die Tatsache, daß in den amerikanischen, französischen und britischen Zonen die Kräfte des Kapitalismus und der Reaktion in den Vordergrund getreten sind, auch wenn sie widerwillig eine Demokratie nach westlichem kapitalistischen Vorbild zulassen mußten. Wie Deutschland vereinigt werden kann ist ein Problem, das Europa und die Welt in den kommenden Jahren beschäftigen wird. Es stimmt, daß die Stalinisten bei freien Wahlen in der Ostzone eine Niederlage würden einstecken müssen. Aber gerade das können sie nicht zulassen, ganz gleich ob der Westen seine Erlaubnis

gäbe oder nicht. Es müßten ganz grundsätzliche, weitreichende Zugeständnisse sein, die die Russen für den Verlust der militärischen, strategischen und wirtschaftlichen Vorteile entschädigen könnten, die ihnen aus ihrer Herrschaft über die Ostzone erwachsen. Für die Kapitalisten im Westen stellt sich die Frage der Vereinigung andererseits nur unter ihren Bedingungen, d.h. ohne diese grundlegenden Zugeständnisse.

Deshalb gibt es in der Schlüsselfrage der Vereinigung weder mit kapitalistischem noch mit stalinistischem Vorzeichen einen Ausweg. Das Gejammer der Bevan-Anhänger, alles sei eine Frage von „Verhandlungen oder Kampf“, geht am Kern der Sache vorbei. Verhandlungen sind nur dann möglich, wenn es um die Lösung zweitrangiger Fragen geht und wenn beide Seiten Zugeständnisse anzubieten haben, die sich gegenseitig aufheben. Das trifft auf die Handelsbeziehungen zu. Wahrscheinlich wird sich der Ost-West-Handel in der unmittelbaren Zukunft verstärken. Aber die Vorstellung der Bevan-Anhänger, daß „das deutsche Problem durch Verhandlungen mit Rußland gelöst werden kann“, hält keiner ernsthaften Prüfung stand. Auf der anderen Seite sagen die Bevan-Anhänger richtigerweise, daß auf lange Sicht das Problem entweder durch „Befreiung“ oder „Verhandlung“ gelöst werden wird. Das stimmt, aber es bedeutet eigentlich nur, daß sich die Probleme langfristig immer mehr anhäufen werden, bis es zur Explosion kommt, vorausgesetzt, die Kräfte des Kapitalismus und des Stalinismus bleiben intakt.

Ergibt sich hier nicht ein düsteres Bild des Schreckens, der Zerstörung und des Elends? Ganz und gar nicht. Wenn die Zukunft der Völker durch ihre gegenwärtigen Herrscher entschieden würde, dann sähe die Zukunft der Menschheit tatsächlich düster aus. Glücklicherweise entsteht noch eine andere Kraft, die der Arbeiterklasse sowohl Deutschlands als auch der ganzen Welt. Sie ist die einzige fortschrittliche Kraft, die keine anderen Interessen verfolgt, als den Fortschritt der Menschheit, weil das ihren eigenen Fortschritt bedeutet.

Das deutsche Problem kann letztendlich nur durch die deutsche Arbeiterklasse an der Spitze der deutschen Nation gelöst werden und zwar im Bündnis und in der Zusammenarbeit mit der britischen und internationalen Arbeiterklasse. Der Wiederaufbau der Industrie in Deutschland hat ihre Macht enorm gestärkt. Wer Augen hat und die grundsätzlichen Ideen des Sozialismus versteht, hätte in den neusten Ereignissen die Bestätigung dafür finden können. Trotz der erst faschistischen, dann stalinistischen Gewaltherrschaft in den letzten 20 Jahren in Ostdeutschland; trotz des Krieges und all seiner Folgen; trotz der Verwirrung der deutschen Arbeiterklasse durch die Politik der internationalen Arbeiterbewegung und der sogenannten „Kommunistischen“ Parteien sahen wir in Ostdeutschland die gewaltige Macht der Arbeiterklasse und ihre Sehnsucht nach Demokratie und Sozialismus während der großartigen Junitage 1953. Trotz aller Widrigkeiten wurde das Marionettenregime in der Ostzone binnen weniger Tage gestürzt. Adenauer und den westdeutschen Kapitalisten und Militaristen muß es kalt über den Rücken gelaufen sein. Dies war nicht die Art

der „Befreiung“, die sie sich wünschten. Die Vereinigung Deutschlands unter diesen Bedingungen hätte die Vorherrschaft der Arbeiterklasse und die schnelle Ausweitung des Sozialismus in ganz Deutschland bedeutet. Glücklicherweise – aus kapitalistischer Sicht – griff die erschrockene Kreml-Bürokratie mittels der russischen Armee ein und stellte die „alte Ordnung“ wieder her. Aber wir dürfen unser Augenmerk nicht nur auf die Arbeiterklasse im Osten richten, um ihre noch entstehende Kraft wahrzunehmen, sondern müssen uns auch den Arbeitern im Westen zuwenden. In Westdeutschland hat der Druck der Montanarbeiter zu einer gewissen Kontrolle durch die Gewerkschaften mittels ihrer Vertreter in den Aufsichtsräten dieser Industrien geführt. Die Streiks in Bayern habe gezeigt, daß der Kampfgeist der deutschen Arbeiter wieder erwacht ist. Dies ist die einzige Kraft, die in Zusammenarbeit mit den Arbeitern anderer Länder wirklich Frieden und Wohlstand für die Bevölkerung sichern kann. Probleme bereitet die Deutschlandfrage der britischen Arbeiterbewegung in Hinblick auf die Frage, wie den deutschen Arbeitern in ihrem Kampf gegen den deutschen Kapitalismus, gegen die Besetzung durch die Alliierten und gegen die stalinistische Ein-Parteien-Diktatur im Osten geholfen werden kann.

Im Rahmen des Kapitalismus, durch diplomatischen Kuhhandel und mittels Verhandlungen gibt es keinen Ausweg außer einer langanhaltenden Pattsituation, die in einer Katastrophe enden wird. Eine neue Rezession, eine neue Phase der Reaktion, ein neuer Krieg! Aber diesen Weg möchten weder die Arbeiter Deutschlands noch eines anderen Landes nehmen. Die erste Aufgabe der Arbeiterklasse der alliierten Mächte – insbesondere der britischen Arbeiterbewegung – besteht darin, den Abzug aller Besatzungstruppen zu fordern und darauf zu bestehen, daß die Deutschen selbst allein über ihr Schicksal entscheiden müssen. Jede andere Politik ist eine beschämende Kapitulation vor der Politik des Nationalismus, des Imperialismus und des Chauvinismus. Es würde bedeuten, die Rassenlüge Hitlers – in einer anderen Form – zu wiederholen, nämlich, daß die Deutschen „anders“ wären, mit dem Unterschied, daß er sie für eine „Überrasse“ hielt, während sie in diesem Fall als minderwertig hingestellt würden. Auf diese Weise ist kein Weiterkommen möglich. Die einzige Kraft, die dem Krieg, dem Militarismus und der Reaktion wirklich unversöhnlich gegenübersteht, ist die Arbeiterklasse. Der einzige Weg, Deutschland im fortschrittlichen Sinne zu vereinigen, liegt im Kampf der deutschen Arbeiter selbst. Der Sturz des deutschen Kapitalismus durch die Arbeiter Westdeutschlands würde die Kräfte des Stalinismus und des amerikanischen Imperialismus untergraben und lähmen. Nur der Kampf um ein vereinigtés demokratisch-sozialistisches Deutschland hat einen wirklich progressiven Charakter.

Die Hauptaufgabe der britischen Arbeiterbewegung ist deshalb, nicht mit den britischen Kapitalisten oder der stalinistischen Bürokratie zusammenzuarbeiten, sondern mit allen Mitteln die Kräfte des Sozialismus in Deutschland zu unterstützen. Dies kann nur im Kampf gegen die eigene Kapitalistenklasse umgesetzt werden. Die Ar-

beiterbewegung muß ein sozialistisches Programm und eine kämpferische Strategie für den Sturz der Tories (= Konservative) propagieren, um den Rücktritt der Regierung zu erzwingen und einer neuen Labour-Regierung auf der Grundlage einer sozialistischen Innen- und Außenpolitik den Weg zu ebnen. Nur so kann der Kampf gegen die deutsche Wiederaufrüstung im Interesse der Arbeiterklasse im In- und Ausland wirksam geführt werden. Die Innen- und Außenpolitik ist nicht voneinander zu trennen.

Eine kämpferische sozialistische Regierung in Großbritannien, die die wesentlichen Teile der Industrie auf einer demokratischen Grundlage verstaatlichen würde, könnte die Arbeiter im Osten und Westen erfolgreich ansprechen. Die amerikanischen Kapitalisten wären handlungsunfähig angesichts eines demokratisch-sozialistischen Britanniens. Sie könnten nicht auf das Schreckensbild einer russischen oder chinesischen Diktatur hinweisen, um irgendwelche Angriffe zu rechtfertigen; andererseits könnte die stalinistische Bürokratie nicht auf die sonst real existierende Gefahr eines kapitalistischen Angriffs und die Bedrohung hinweisen, die dieser für das Staatseigentum und die zentrale Planung im Ostblock darstellt. Nicht nur das, ein wirklich sozialistisches Britanniens könnte die einzige, praktische Alternative zum Rassenhaß und zu nationalen Vorurteilen bieten, die das Anlitz Europas beschmutzen.

Die kapitalistischen Politiker in Europa und Amerika begreifen selbst, daß nationalistische Rivalitäten Europa in den letzten 50 Jahren in ein hoffnungsloses Chaos verwandelt haben. Doch während sie das Problem erkennen, sind sie außerstande, etwas daran zu ändern. Gelegentlich träumen sie von einem vereinigten Europa, wie von Churchill, Schumann, Adenauer, Dulles und anderen kapitalistischen Politikern vorgeschlagen, aber das ist auch alles. Diese Tatsache allein macht übrigens die ganze Beschränktheit aller Lösungen der Bevan-Anhänger und des Nationalen Exekutivkomitees deutlich, die Hilfe an den Osten im Interesse aller vorschlagen! Vom Gesichtspunkt des Kapitalismus insgesamt wäre ein vereinigtes Kontinental-Europa eine Macht, die wirtschaftlich wie militärisch so stark wäre wie die USA. Aber die individuellen, nationalen Interessen der Kapitalisten prallen derart aufeinander, daß ein vereinigtes Europa unter dem Kapitalismus ein Tagtraum bleibt!

Dennoch nimmt die britische Arbeiterbewegung eine strategische Position in der Welt ein. Wenn sie sich das Ziel eines sozialistischen Britanniens – in Vorbereitung auf die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa – in einem unlösbaren Bündnis mit den Völkern der kolonialen Welt auf ihre Fahne geschrieben hätte, wäre die Macht des Militarismus und des Kapitalismus sowie der stalinistischen Bürokratie – auf die der Labour-Parteivorstand und die Bevan-Anhänger in verschiedener Weise hinweisen – unwiederbringlich gebrochen. Der Weg zur Demokratie, zum Sozialismus und zum Frieden wäre frei. *Die Geschichte lehrt uns, daß es keinen anderen praktikablen Weg gibt.*

Ob es Krieg oder Frieden gibt, entscheidet in Wirklichkeit ein ganzes Bündel von Faktoren, unter anderem das Kräfteverhältnis zwischen Klassen, Nationen, dem Gleichgewicht diplomatischer, militärischer und sonstiger Kräfte, die sich zu verschie-

denen Epochen und Zeiten ändern. Wenn das nicht der Fall wäre, befände sich die Welt ständig im Kriegszustand. Auch wenn der „kalte Krieg“ heute durch einen Graben zwischen unterschiedlichen sozialen Systemen verursacht wird – der tiefer ist als die Konflikte zwischen den einzelnen kapitalistischen Nationalstaaten – herrscht eher eine Art unruhiger bewaffneter Waffenstillstand, der durch Aufstände in der kolonialen Welt und Lokalkriege unterbrochen wird, als Frieden. In einer Zeit, wo die Folgen eines neuen Krieges unabsehbar sind, zählen solche Hemmnisse und Gegengewichte zu den Faktoren, die eine Fortsetzung des unruhigen „Friedens“ begünstigen. Längerfristig gesehen werden diese Faktoren nicht ausreichen, um einen Krieg zu verhindern, es sei denn, die Ursachen des Krieges werden beseitigt. Nur die Arbeiterklasse, in dem sie den Kapitalismus beseitigt, kann die Erde vom Krieg befreien.

Beim Versuch, eine „konstruktive sozialistische Alternative“ aufzubauen, behaupten die Bevan-Anhänger, daß das Verhindern der deutschen Wiederbewaffnung uns ... „Zeit geben werde, um das echte Problem zu betrachten. Das Problem ist, wie die Zukunft des deutschen Volkes zu gestalten ist, so daß es dann seinen eigenen positiven Beitrag zum Weltfrieden leisten kann. Keiner wird die Kompliziertheit dieses Problems leugnen, mit dem die Staatsmänner seit hundert Jahren nicht fertig werden.“ Soviel Zeit sie auch wollten, noch 100 Jahre, die „Staatsmänner“ könnten dieses Problem nicht knacken. Doch in Wirklichkeit ist es nicht sehr schwierig, eigentlich ist es sehr einfach. Beseitigt den Kapitalismus und das Problem ist beseitigt – so einfach ist das! Aber ihre Herangehensweise an das Problem deutet auf die propagandistische Unterstellung hin, daß Deutschland und der deutsche Kapitalismus die Ursachen für das Durcheinander und die Konflikte der letzten Jahrzehnte sind. Dieses Märchen ist sehr beruhigend für die kapitalistischen Politiker der westlichen Welt und die stalinistische Bürokratie in Moskau, weil es sich gut an die Völker der Erde verkaufen läßt und dabei ihre eigene, verbrecherische Verantwortung vertuscht, die genauso groß ist wie die des deutschen Kapitalismus.

In der Broschüre der Bevan-Anhänger steht: „Die Berliner Konferenz scheiterte, weil wir den Russen das Unmögliche abverlangten und sie uns umgekehrt.“ Mit „Russen“ meinen sie – nehmen wir an – die bürokratischen Herrscher Rußlands, mit „uns“ meinen sie wohl die Vertreter des westlichen Imperialismus. Aber diese Diplomaten sind keine Kinder und sie stellen keine willkürlichen Forderungen aus Jux und Dollerei. Das diplomatische Hin- und Hermanövrieren wurde letztendlich von den gegenseitigen Bedürfnissen und Interessen der jeweils herrschenden Gruppen bestimmt.

Den Ausweg bietet nach Auffassung der Bevan-Anhänger ein Plan der gegenseitigen Wirtschaftshilfe für den Osten. Sie geben dabei zu, daß „das Privatkapital dies nicht in eigener Initiative schaffen könnte. Aber im Rahmen von Regierungsinitiativen könnte es mitwirken, indem es sich an Projekten für gegenseitige Wirtschaftshilfe beteiligt. Wir können die makabre Situation nicht länger hinnehmen, daß wir – um die

Arbeitsplätze von heute zu erhalten – bereit sein müssen, uns morgen gegenseitig umzubringen.“

„Das beste Instrument für die Verteilung der Hilfe wäre die UNO, die einen Entwicklungsausschuß auf höchster Ebene oder irgendein ähnliches Gremium als ausführende Instanz einsetzen könnte. Falls einzelne Nationen über ihre eigenen Beiträge verfügen wollten, würden solche Vorhaben von vornherein für ungültig erklärt.“

„Wir sind uns darüber im klaren, daß ein solcher Vorschlag einen erheblichen Verzicht auf Eigeninteressen seitens aller beteiligten Länder, insbesondere der USA, voraussetzen würde ...“

Die Idee ist lächerlich, daß Privatunternehmen ein solches Programm nicht durchführen könnten, wohl aber daß die Regierungen – die Vertreter des Privatkapitals – dies selbstlos tun würden. Wenn der amerikanische Imperialismus Wirtschaftshilfe im Rahmen des Marshall-Plans nach dem Krieg gewährte, so größtenteils, weil er einen Zusammenbruch des Kapitalismus in Europa und Asien fürchtete. Wenn die UNO nicht in der Lage ist, solche einfachen Probleme wie das des Mandats in Südwestafrika (heute Namibia) zu lösen, dann erscheint es kaum angebracht, vorzuschlagen, daß dieser Kreis von streitenden imperialistischen und stalinistischen Rivalen zur Lösung irgendeines Problems fähig wäre! Der Irrsinn des Kapitalismus ergibt sich aus der Logik der internen Entwicklung seiner Widersprüche. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es keine Lösung. Die Bevan-Anhänger erwidern dann nervös: „Man möge uns vorwerfen, unsere Vorschläge wären zu idealistisch und sie berücksichtigten nicht die Realitäten internationaler Politik. Aber es ist unsere Aufgabe, die Realitäten zu ändern und nicht, uns ihnen zu unterwerfen.“ Wenn sie das wirklich meinten, Welch begeisterter Ansatz für die Arbeiterbewegung. Welch glänzende Perspektiven würden sich der britischen und internationalen Arbeiterbewegung eröffnen! Aber sich diesen Realitäten nicht zu unterwerfen bedeutet, sich nicht ihren grundlegenden Ursachen zu unterwerfen.

Ein Arzt heilt keine Krankheit, indem er die Symptome behebt. Armut mitten im Reichtum, Rüstung statt Produktion von Lebensmitteln und nützlichen Gütern sind lediglich die Symptome der unheilbaren Krankheit, an dem der Kapitalismus leidet. Der „Patient“ kann nur geheilt werden, indem die Ursache ausgerottet wird, und das ist der Kapitalismus selbst. Das ist unsere Aufgabe und das haben anscheinend sowohl die Genossen im Labour-Parteivorstand als auch der linke Flügel um Bevan übersehen.

Die Einstellung der Stalinisten

Jeden Tag im *Daily Worker* (Zentralorgan der britischen KP) und in den Reden ihrer Vertreter und Sprecher verbreitet die Kommunistische Partei in Britannien wie ihre Schwesterparteien in Frankreich und in anderen Ländern das Gift der antideutschen Propaganda. Die „Parteilinie“ schreibt zur Zeit vor, dem deutschen Volk die ganze Verantwortung für die Verbrechen des Kapitalismus und des Imperialismus zu geben. Diese Leute haben alle Grundsätze des Sozialismus aufgegeben, die von Marx, Lenin und anderen sozialistischen Denkern ausgearbeitet wurden. Obwohl sie in einem bestimmten Stadium des Krieges behauptet haben – weil es den Interessen ihrer russischen Herrscher diene –, daß Britannien und Frankreich und nicht Nazi-Deutschland für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich waren, ziehen sie heute die deutschen Massen durch den Dreck, indem sie ihnen die Schuld an den Verbrechen Hitlers und des deutschen Kapitalismus in die Schuhe schieben. Wir haben in einem anderen Abschnitt schon die Verantwortung der Führer der russischen, deutschen und britischen Kommunistischen Parteien für den Aufstieg der Nazis kurz behandelt. Heute könnte man sich einbilden, daß nur die drohende Wiederaufrüstung Deutschlands das Blühen des Friedens in Europa und der ganzen Welt verhindert. Doch die unruhige Geschichte der letzten 10 Jahre erweist dieses Märchen als falsch.

Mehr als irgend eine andere Strömung in der Arbeiterbewegung biedert sich die sogenannte Kommunistische Partei nationalen Vorurteilen und Illusionen an, indem sie die „Helden“ in Erinnerung ruft, „die für Demokratie und gegen Faschismus und Militarismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg gestorben sind“. Wenn wir die Rolle betrachten, die die Kommunistische Partei sowohl vor als auch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges spielte, ist diese Propaganda besonders abscheulich und schädlich. Alle sozialistischen Arbeiter mit einer Grundkenntnis der Tatsachen würden diese unehrlichen und heuchlerischen Behauptungen mit Hohn verwerfen, die die Führer der Kommunistischen Partei in ihrem Eifer für die sogenannten „nationalen“ Interessen Großbritanniens aufstellen. Diese bezahlten Geschöpfe Moskaus werden morgen die Linie ändern, falls Moskau eine Vereinbarung mit dem deutschen Imperialismus trafe, so wie sie die Linie zum Zeitpunkt des Hitler-Stalin-Pakt verändert haben. Diese Schurken tun so, als hätten sie das ABC des Sozialismus vergessen. In ihrer Entartung und Verkommenheit haben sie die grundsätzlichen Prinzipien vergessen, die Sozialisten dazu anhalten, die Ideen des Abbaus nationaler Schranken und die Einheit der Völker zum Vorteil aller zu propagieren. Anstatt die Politik für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu verbreiten, konkurrieren sie mit den reaktionärsten Elementen um „unsere glorreichen Toten“. Und das obwohl sie genau wissen – wie ihre früheren Schriften zeigen –, daß diese Toten im gegenseitigen Brüllen von nationalistischen und chauvinistischen Parolen ihr Leben gelassen haben, für „die Ehre einer Sache, die nicht ihre eigene war“, im Interesse des Kapitalismus

und Imperialismus und nicht der Demokratie und des Sozialismus. Klassenbewußte Arbeiter sollten sie mit der Verachtung ablehnen, die sie verdienen und diese Politik als eine verdorbene verwerfen, die der grundsätzlichen Tradition der Arbeitersolidarität entbehrt und auf den niedrigsten, von den kapitalistischen Politikern der letzten Generation heraufbeschworenen Instinkten beruht.

Schlußwort

Darum können die Probleme der deutschen Wiederbewaffnung und der deutschen Einheit nur durch die Arbeiterklasse gelöst werden, die über die nationalen Grenzen hinweg auf der Grundlage eines sozialistischen Programms der europäischen und weltweiten Integration organisiert ist.

Die britische Arbeiterbewegung sollte den ersten Schritt tun und ihren deutschen Kollegen ein Angebot der Zusammenarbeit auf dieser Basis und mit diesem Ziel machen.

The Unbroken Thread

Eine Sammlung von 28 Artikeln, Broschüren und
Auszügen aus Dokumenten von Ted Grant, seit 1938

25,- DM
(zzgl. Porto)

Format
14x22 cm

580 Seiten

Gebundene
Ausgabe

Im
englischen
Original!



Ted Grant

Bestellungen über die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Zum Inhalt: Diese Artikel stellen die Analysen und Stellungnahmen
britischer Marxisten zu den wichtigsten Ereignissen und
Entwicklungen der Weltpolitik seit den 30er Jahren dar.
Themen u.a.: Spanischer Bürgerkrieg, Marxismus und der
2. Weltkrieg, Osteuropa und Stalinismus, Koloniale Revolution,
Nachkriegsaufschwung, Reformismus, Weltperspektiven.